Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Regiokommission

An den Grossen Rat | **23.5563.02**

Basel, 4. April 2025

Kommissionsbeschluss vom 4. April 2025

Bericht der Regiokommission zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Legislatur 2021 – 2025

Inhalt

1. Antrag und Vorgehen 3

2. Behandelte Themen und Einschätzungen 3

2.1 Allgemeines 3

2.2 Beziehungen Schweiz-EU 3

2.3 Sachvorlagen des Grossen Rats – über die Regionalpolitik hinaus. 4

2.4 Bilaterale Treffen mit den Nachbaren 5

2.4.1 Kanton Jura 5

2.4.2 Gemeinderat Birsfelden 6

2.4.3 Weil am Rhein – Oberbürgermeister und Vertretung der Legislative 6

2.4.4 St. Louis Agglomération 6

2.4.5 Allschwill 7

2.5 Zusammenarbeit in trinationalen Gremien 8

2.5.1 Der Oberrheinrat 8

2.5.2 Themen aus dem ORR 10

2.5.3 Districtsrat / Trinationaler Eurodistrict Basel (TEB) 12

2.5.4 Themen aus dem Districtsrat 12

3. Antrag 15

1. Antrag und Vorgehen

Mit den Beschlüssen des Grossen Rats GRB Nr. 97/37/32G vom 17. September 1997 (Bericht Nr. 8772) und GRB Nr. 06/50/15G vom 14. Dezember 2006 (Bericht Nr. 06.5335.01) hielt dieser fest, dass die Regiokommission mindestens einmal jährlich zu Ende jedes Amtsjahres einen Bericht zum Oberrheinrat beziehungsweise mindestens zwei Mal pro Legislatur einen Bericht zum Districtsrat des Trinationalen Eurodistricts Basel (TEB) zuhanden des Grossen Rats erstellt. Bisher hat die Regiokommission alle zwei Jahre dem Grossen Rat über ihre Aktivitäten sowie ihre Mitgliedschaft in den internationalen Gremien Oberrheinrat und Districtsrat berichtet. Mit Bericht Nr. 23.5563.01 vom 15. September 2023 beantragte die Regiokommission dem Grossen Rat, die oben genannten Beschlüsse aufzuheben, künftig per Ende der Legislatur einen Bericht über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit vorzulegen und den genannten Bericht auf Ende der aktuellen Legislatur 2021 – 2025 in aktualisierter Form vorzulegen. Der Grosse Rat hat dem Antrag der Regiokommission mit GRB Nr. 24/03/12G vom 17. Januar 2024 zugestimmt. Die Regiokommission legt hiermit einen aktualisierten Bericht zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Legislatur 2021 – 2025 vor.

2. Behandelte Themen und Einschätzungen

2.1 Allgemeines

Ein wesentlicher Teil der Arbeiten der Regiokommission betrifft die Behandlung der ihr zugewiesenen Geschäfte. Zusätzlich verfolgt sie grenzüberschreitende Themen wie z.B. grenzüberschreitende Rettungseinsätze, das Agglomerationsprogramm oder die Entwicklungen hinsichtlich der Beziehung EU-Schweiz. In diesem Zusammenhang hört sie die zuständigen Departemente und Institutionen an, insbesondere mit dem Verein Agglo Basel sowie dem Verein Regio Basiliensis und der Interkantonalen Koordinationsstelle (IKRB) werden enge Kontakte gepflegt. Sehr wichtig für die Regiokommission ist der Austausch und die Beziehungspflege mit Nachbarn (Kantone und Gemeinden). Zudem findet auch ein Austausch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wie dem Verein starke Region Basel statt. Bei Bedarf bringen die Kommissionsmitglieder Themen in die trinationalen Gremien Oberrheinrat und Districtsrat ein.

2.2 Beziehungen Schweiz-EU

Der Abbruch der Verhandlungen des Schweizerischen Bundesrats mit der Europäischen Union zum institutionellen Rahmenabkommen beunruhigt die Regiokommission. In der Folge liess sie sich mehrfach durch das Präsidialdepartement und dessen Vorsteher zum Stand der europapolitischen Entwicklungen informieren.

Der Basler Regierungsrat identifizierte drei Problemfelder. So wurde das Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen (Mutual Recognition Agreements, MRA) nicht nachgeführt, so dass die Vereinbarungen nach und nach auslaufen. Betroffen davon ist bspw. die für Basel bedeutende, exportorientierte MedTec-Branche. Das zweite Problemfeld betrifft den EU-Forschungsrahmen «Horizon Europe», wodurch die Schweiz den Zugang zu wichtigen internationalen Forschungsprojekten verliert. Damit verliert der Universitätsstandort Basel weltweit für die Spitzenforschung an Attraktivität. Das dritte Problemfeld betrifft den Finanzmarkt (Börsenäquivalenz)[1], sowie die Freigabe der Kohäsionsmilliarde. Die Regiokommission begrüsst, dass die eidgenössischen Räte als Zeichen des guten Willens im September 2021 die Kohäsionsmilliarde freigaben. Damit erübrige sich die Frage um die Börsenäquivalenz. Zudem wurde im Rahmen der Verhandlungen zum Gesamtpaket Schweiz-EU die Teilnahme der Schweiz unter anderem am Horizon Europe Programm vereinbart.

[1] EU-Wertpapierfirmen können gemäss der EU-Aktienhandelspflicht Schweizer Aktien an Schweizer Börsen grundsätzlich nur dann handeln, wenn die EU die Schweizer Börsen als gleichwertig anerkennt.

Der Regierungsrat Basel-Stadt hat auf die Herausforderungen reagiert und in verschiedenen Verlautbarungen den Bundesrat zum Handeln aufgefordert. Hand dazu boten die grenzüberschreitenden Gremien, wie die Oberrheinkonfernez (ORK), der Trinationale Eurodistrict (TEB) oder die Metropolitankonferenz. Auf der nationalen Ebene hat die Basler Regierung weitere Massnahmen zur Sensibilisierung der regionalen Vertretungen in den eidgenössischen Räten, der Nordwestschweizer Regierungskonferenz (NWRK) und der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) ergriffen und einen Dialog Schweiz/Deutschland initiiert.

So konnte die Europa-Kommission der KdK gestärkt werden, wodurch diese mittels einer Standortbestimmung klar Position gegenüber dem Bundesrat bezogen hat. Auch der Städteverband wurde auf Initiative Basels dazu gebracht, sich der Europafrage anzunehmen und mit dem Ministerpräsidenten Baden-Württembergs konnte ein Dialog initiiert werden. Weiter wurden mit dem House of Switzerland von Juli bis Oktober 2021 in Stuttgart und dem Projekt Museum Tinguely AHOY eine Charmeoffensive in Europa lanciert.

Die Regiokommission begrüsst die Bemühungen des Regierungsrats, in der Europafrage aktiv zu werden, mit eigenen Initiativen den Diskurs in der Schweiz mitzugestalten und mit den Nachbaren im Austausch zu bleiben. Aus Sicht der Regiokommission ist eine institutionelle Lösung der Zusammenarbeit der Schweiz und der EU unabdingbar für den Wirtschafts- und Forschungsstandort.

Die Regiokommission hat den Abschluss der Verhandlungen zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Union im Dezember 2024 zur Paketlösung erfreut zur Kenntnis genommen. Sie betrachtet die für die hier ansässigen Branchen relevanten Elemente der technischen Handelshemmnisse und die, sowohl aus kultureller als auch ökonomischen Sicht, zentrale Personenfreizügigkeit als besonderes wichtig. Sie unterstützt den Regierungsrat in seinen Bestrebungen, im Rahmen der Gremienarbeit Einfluss auf den Meinungsbildungsprozess in der Schweiz zu nehmen. Zentral erscheint der Regiokommission, dass sich die regionalen Verbandsakteure im Sinne der Region auf ihre nationalen Verbände einwirken.

2.3 Sachvorlagen des Grossen Rats – über die Regionalpolitik hinaus.

Die Regiokommission hat in der Berichtsperiode zunehmend Geschäfte behandelt, die über die regionale Kooperation mit den benachbarten Gebietskörperschaften und dem Austausch am Oberrhein hinausgehen. Insbesondere seien dabei die Geschäfte zu den sozialen Engagements mit Rumänien (GRB Nr. 22/49/08G, Bericht Nr. 21.1683.02), von Stadt zu Stadt mit Sahab in Jordanien (GRB Nr. 23/19/9.1G, Bericht Nr. 19.1710.02) und der sozialen Städtepartnerschaft mit Abidjan/Yopougon (GRB Nr. 22/38/19G, Bericht Nr. 22.0113.02) genannt.

Alle vier Jahre berät die Regiokommission zudem den Ratschlag «Gewährung eines Staatsbeitrages für die Weiterführung der Entwicklungszusammenarbeit im Ausland». Im Rahmen der letztmaligen Beratungen zur Beitragsperiode 2022–2025 wurde seitens des Präsidialdepartements ein Ausblick auf die Kantonale Initiative «1% gegen globale Armut» gegeben. Dabei wurde aufgezeigt, dass bei einer Annahme der Initiative in guten Jahren, 0.3 – 1% der Steuererträge natürlicher und juristischer Personen für nachhaltige, evidenzbasierte und wirksame Entwicklungszusammenarbeit aufgewendet werden sollen. Dies ergebe Beiträge an die Entwicklungszusammenarbeit zwischen 8 und 26 Millionen Franken, was mindestens einer Vervierfachung des heutigen Volumens von 2 Millionen Franken jährlich bedeuten würde. Die Regiokommission hat bereits im Bericht zur Beitragsperiode 2022–2025 den Regierungsrat angeregt, das Vorgehen zur Wahl der Kommissionsmitglieder und deren bisherige ehrenamtliche Leistungen zu prüfen. Weiter stellt die Regiokommission die Frage, wie eine engere Zusammenarbeit mit der DEZA stattfinden kann, wobei Fachwissen und Synergien genutzt werden könnten. Die Regiokommission befindet sich aktuell an der Beratung zum Gegenvorschlag zur 1%-Initiative und wird ihren Bericht dem Grossen Rat voraussichtlich im ersten Halbjahr 2025 vorlegen.

2.4 Bilaterale Treffen mit den Nachbaren

Die Regiokommission ist von der Wichtigkeit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit für den Kanton Basel-Stadt und die gesamte Region überzeugt, denn diese bildet eine zentrale Grundlage für einen attraktiven Lebensraum und einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort. Deswegen trifft sich die Regiokommission periodisch mit Vertretungen der benachbarten Gemeinden und Städten und pflegt einen Austausch unabhängig von laufenden politischen Geschäften im Kanton Basel-Stadt.

Die Treffen dienen in erster Linie der Pflege der nachbarschaftlichen Beziehungen. Die Regiokommission nimmt die Anregungen aus dem Austausch entgegen und bringt die Ansichten der Nachbaren bei Bedarf in die parlamentarischen Beratungen des Grossen Rates ein.

Pandemiebedingt haben in der Berichtsperiode weniger nachbarschaftliche Austauschtreffen stattfinden können. 2021 besuchte die Regiokommission die jurassische Commission des affaires extérieures et de la Formation. Im Frühling 2022 empfing die Regiokommission den Gemeinderat von Birsfelden. Im März 2023 folgte die Regiokommission der Einladung des Oberbürgermeisters von Weil am Rhein.

2.4.1 Kanton Jura

Die Regiokommission besuchte auf Einladung der Commission des affaires extérieures et de la Formation des Kantons Jura am 3. September 2021 den Kanton Jura. Neben den Mitgliedern der jurassischen Kommission war der Ministre de l'environnement zugegen. Der Regiokommission wurde der jurassische Ableger der Switzerland Innovation Park Basel Area (SIP) gezeigt. Der zentrale Programmpunkt umfasst den durch den Kanton Jura angestrebten Ausbau der N18 von Basel über Laufen nach Delémont.

Die Regiokommission anerkennt dabei die enge Anbindung des Kantons Jura an den Agglomerationsraum Basel und würde eine allfällige Korridorstudie für die genannte Verkehrsachse unterstützen.

Anknüpfend an die Einladung der Regiokommission durch die «Commission des affaires extérieures et de la formation» des Kantons Jura vom September 2021, empfing die Regiokommission die jurassische Kommission am 12. April 2024 in Basel-Stadt. Im Zentrum des Austausches stand dabei die Kooperation zwischen dem Universitätsspital Basel und dem Hôpital du Jura. Beiderseitig wird der Mehrwert der Kooperation hervorgehoben. Einerseits ist das Hôpital du Jura zu klein, um alle Leistungen anbieten zu können. Auf der anderen Seite ist das USB im Zuge der zunehmenden Spezialisierung auf ein grösseres Einzugsgebiet angewiesen. Als zentralen Faktor der Zusammenarbeit wird hervorgehoben, dass die Spezialisten aus dem USB vor Ort zusammen mit den behandelnden Ärzten im Hôpital du Jura über den Patientenpfad und damit über eine allfällige Verlegung in das USB entscheiden. Jährlich werden rund 2'000 Patienten und Patientinnen aus dem Jura in am USB behandelt, eine kleinere Herausforderung stellt dabei teilweise die Sprachbarriere dar.

Erneut aufgenommen wurden die Verkehrsverbindung zwischen Basel-Stadt und dem Kanton Jura. Zentral für die jurassische Seite ist die zwischenzeitlich abgeschlossene Korridorstudie N18 Delémont – Hagnau des ASTRA[2] zur multimodalen Verbindung der beiden Städte und die damit einhergehende Ausgestaltung der Umfahrung Delémont. Eine weitere Herausforderung stellt die heute nicht direkte Verbindung zwischen zwei der grössten Agglomerationen der Schweiz, zwischen Basel und dem Genferseebogen, dar. Heute muss für die Reise nach Genf in Biel und Renens umgestiegen werden. Einen Flaschenhals stellen dabei die nicht für Doppelstockzüge ausgebauten Tunnels im Raum Moutier dar.

[2] https://www.astra.admin.ch/astra/de/home/themen/nationalstrassen/weiterentwicklung/korridorstudien/korridor_n18_delemont-hagnau.html, abgerufen am 14.03.2025

2.4.2 Gemeinderat Birsfelden

Auf Einladung des Gemeinderats Birsfelden traf sich die Regiokommission mit der kommunalen Exekutive am 20. März 2022 in Birsfelden.

Das zentrale Thema des Austausches betraf die Zusammenarbeit zwischen dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt und dem Gemeinderat Birsfelden. Diese finde situationsbezogen statt und gestalte sich sehr konstruktiv. So werde zur teilweise schwierigen Situation am Birsköpfli mit Nachtlärm auf Baselstädtischer Seite, welcher in erster Linie die Bewohner Birsfeldens betreffe, im Rahmen eines runden Tisches zusammengearbeitet.

Die Regiokommission sieht grosses Potenzial in einem regelmässigen und institutionalisieren Austausch des Regierungsrats Basel-Stadt mit der Vorortsgemeinde Birsfelden. Insbesondere mit dem Lehenmattquartier und der Breite ergeben sich viele überschneidende Themen. Bei Projekten der Stadtentwicklung am östlichen Stadtrand sollte die Gemeinde einbezogen werden, sie ist ein wichtiger und naher Wohnort zu grossen Arbeitsplatzgebieten, insbesondere des Kleinbasels. Der Gemeinde ist daher die Anbindung mit dem öffentlichen Verkehr an das Kleinbasel und den Badischen Bahnhof ein Anliegen. Die aktuelle Verbindung ist sehr umständlich, dem könnte mit einer Tramlinie über die Schwarzwaldbrücke oder eine Verbindung auf dem Wasser Abhilfe geschaffen werden. Dies auch im Hinblick auf eine mögliche S-Bahn-Haltestelle Solitude. Die Situation mit dem Durchgangsverkehr gestaltet sich weiterhin sehr schwierig, die Problemlage müsste aber schlussendlich nicht nur kantons-, sondern gar landesgrenzenübergreifend angegangen werden.

2.4.3 Weil am Rhein – Oberbürgermeister und Vertretung der Legislative

Auf Einladung der Stadt, besuchte die Regiokommission am 10. März 2023 Weil am Rhein. Neben der Vertretung der Exekutive, bestehend aus dem Oberbürgermeister, dem Ersten Bürgermeister (Kämmerer und Leiter der Stadtwerke), der Leiterin des Hauptamtes und dem Pressesprecher, wurde die Kommission durch die Vertretungen der Fraktionen der Legislative Grüne, CDU, SPD und FDP/Freie Bürger empfangen.

Die Dreiländerstadt Weil am Rhein spürt einen hohen Bevölkerungsdruck, welcher massgeblich durch die gute Wirtschaftsentwicklung der Region geprägt wird. Neben der Siedlungsentwicklung interessierte sich die Regiokommission insbesondere für eine Einschätzung zur grenzüberschreitenden Tramlinie 8 und der aktuellen Planung rund um die weitere Verlängerung «Tramlinie 8+». Mit der Verlängerung ist geplant, ein Gebiet mit 15'000 Einwohnenden zu erschliessen. Eine Herausforderung bei der Finanzierung stellen die Betriebskosten dar, dazu sollte eine Lösung mit dem Kanton Basel-Stadt gefunden werden. Ein weiteres Anliegen der Stadt Weil am Rhein betrifft die Verkehrssituation am Wiesenkreisel im Raum Zoll Otterbach. Dabei wird die Buslinie 55 von Weil am Rhein zum Badischen Bahnhof durch den Verkehr blockiert, so dass die Anschlüsse auf den ICE verpasst werden. Zeitgleich ist die Veloerschliessung unbefriedigend.

Die Regiokommission anerkennt das Anliegen der Stadt Weil am Rhein, eine Lösung hinsichtlich der Betriebskosten für die Tramlinie 8+ mit der BVB und dem Kanton Basel-Stadt auszuarbeiten, so dass diese im Einvernehmen mit dem Land Baden-Württemberg realisiert werden kann.

2.4.4 St. Louis Agglomération

Die Regiokommission begrüsste am 24. November 2023 eine Vertretung des Gemeindeverbundes von Saint-Louis Agglomération (SLA), bestehend aus deren Präsident sowie der Vizepräsidentin, wie auch des Vizepräsidenten, in Basel-Stadt.

Auf Wunsch der Nachbargemeinden aus Frankreich standen die Themenfelder Bevölkerungs-, Wirtschaftsentwicklung und Wohnraum im Zentrum des Austausches. Die Entwicklung der Arbeitsplätze in Basel-Stadt kann bekanntermassen nicht mit der Entwicklung des Wohnraums mithalten, wodurch in den Nachbargemeinden ein hoher Wohnraumbedarf besteht. Diese Auswirkungen sind auch sehr direkt in den elsässischen Gemeinden zu spüren, so ist die Bevölkerung in Saint-Louis in den letzten rund 10 Jahren von rund 19'000 auf 24'000 Personen gestiegen und dürfte 2030 30'000 Personen erreicht haben. Die Entwicklung der Stadt Basel hat damit unmittelbaren Einfluss auf die Entwicklung der benachbarten Gemeinden in Frankreich. Im Bereich des sozialen Wohnungsbaus gibt es in Frankreich strikte Auflagen, so dass Gemeinden mit mehr als 3’5000 Einwohnenden, 25% Sozialwohnungen zur Verfügung stellen müssen. Dies und die Situation, dass die Gehälter in der Schweiz erheblich höher sind, führt zu grossen Herausforderungen auf kommunaler Ebene. So konzentrieren sich die Sozialwohnungen mehrheitlich auf die grossen, stadtnahen Gemeinden Saint-Louis und Huningue.

Seitens der SLA ist es zudem ein Anliegen, dass die Tourismusorganisationen grenzüberschreitenden enger zusammenarbeiten. Mit der künftigen Inbetriebnahme eines Hafens für Hotelschiffe in Huningue gibt es eine gemeinsame Grundlage für eine Kooperation.

Eine Herausforderung für die benachbarten Kommunen stellt der Umgang mit Fahrenden dar. Rechtlich sind diese in Frankreich besser geschützt und gleichzeitig bieten sich in der Schweiz attraktivere Verdienstmöglichkeiten. Dies führe dazu, dass sich im grenznahen französischen Raum teils grosse Gruppen von Fahrenden niederlassen und die lokale Infrastruktur stark beanspruchen. Festgehalten wird beiderseitig, dass sich die polizeiliche Zusammenarbeit allgemein in den letzten Jahren erheblich verbessert hat. Seitens der Regiokommission wurde das Thema des grenzüberschreitenden Pendlerverkehrs aufgeworfen. Die Problematik besteht seitens der grenznahen französischen Gemeinden ebenso, da diese auf dem Weg in die Schweiz passiert werden. Aktuell wird mit verschieden Massnahmen wie «Aire de covoiturage» (Parkplätzen zur gemeinsamen Weiterfahrt), einer App für Mitfahrgelegenheiten und der Prüfung der Potenziale weiterer Buslinien versucht, der Situation zu begegnen. Das Ziel ist es, den Autoverkehr bereits vor Saint-Louis zu verlagern.

2.4.5 Allschwill

Die Regiokommission empfing am 29. November 2024 eine Delegation des Gemeinderats der Gemeinde Allschwil vertreten durch den Präsidenten und Vizepräsidenten, sowie zwei Mitgliedern des Gemeinderats. Die Regiokommission erachtet den Austausch mit der grössten benachbarten Gemeinde des Kantons Basel-Landschaft mit engen Verbindungen zur Stadt-Basel als besonders zentral und knüpfte mit dem Austausch an den Austausch vom 28. Oktober 2020 an.

Das zentrale Thema des Austausches zwischen der Regiokommission und dem Gemeinderat Allschwils stellte die Verkehrssituation zwischen den beiden Gemeinwesen dar. Neben der Erschliessung des Bachgrabenareals standen die künftige S-Bahn-Haltestelle Morgartenring und das Tram Letten im Fokus. Die Regiokommission begrüsst, dass im Rahmen der Agglomerationsprogramme abgestimmt mittels Arbeits- und Koordinationsplattform Bachgraben zwischen den Kantonen, der Gemeinde Allschwil, dem Gemeindeverbund Saint-Louis Agglomération, sowie dem Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) und dem Eidgenössischen Departement für Auswertige Angelegenheiten (EDA) zusammengearbeitet wird. Sie anerkennt die Herausforderungen, die verschiedenen Verkehrsträger optimal und im Sinne des Bundes aufeinander abzustimmen, sowie die schwierig zu beeinflussende Verhandlung mit der Französischen Republik über den notwendigen Landabtausch. Die Regiokommission teilt die Ansicht des Gemeinderats, dass die erwarteten rund 6'000 Arbeitsplätze im Raum Bachgraben das Verkehrsaufkommen erhöhen werden. Sie regt daher an, dass alle politischen Kräfte partnerschaftlich zusammenarbeiten, um die Erschliessung des Areals von regionaler und nationaler Bedeutung voranzutreiben.

Seitens des Gemeinderats würde die Regiokommission auf die Situation der Kindertagesstätten in den Agglomerationsgemeinden hingewiesen. Die Umsetzung des Massnahmenpaktes Kinderbetreuung zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Qualität der Kinderbetreuung hat in den Agglomerationsgemeinden zur Folge, dass Fachpersonal abwandert, wie auch Familien mit Kindern im entsprechenden Alter, was die Kindertagesstätten in eine schwierige Situation bringt. Die Regiokommission anerkennt, dass eine bessere Information der umliegenden Gemeinden wünschbar gewesen wäre.

Weitere Themen waren der Euroairport (EAP), wobei der Gemeinderat die Wichtigkeit des Flughafens für den Standort anerkennt. Seitens des Gemeinderats wird begrüsst, dass sich die Schweizer Vertretung im Verwaltungsrat des EAP gemeinsam für den Lärmschutz in den sensiblen Nachstunden einsetzt. Ist aktuell für den Flughafen die Block Off-Zeit (Loslösen an der Parkposition) relevant, ist für die Anwohnenden die effektive Take Off-Zeit und der Zeitpunkt des Überflugs von Bedeutung.

2.5 Zusammenarbeit in trinationalen Gremien

Die Regiokommission ist mit 4 Mitgliedern im Oberrheinrat und mit 7 Mitgliedern im Districtsrat des Trinationalen Eurodistricts (TEB) vertreten. Über diese Gremien fliessen die Informationen aus den trinationalen Gremien: Oberrheinkonferenz, Trinationaler Eurodistrict und dem Ausschuss für Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich ein.

Eurovision Song Contest (ESC)

Aus dem Eurovision Song Contest 2025 (ESC 2025) soll im Sinne des Mottos «Crossing Borders» ein grenzüberschreitender Anlass werden, so lautet die Forderung des Oberrheinrats und des Distrctrats. Das enorme Potenzial des ESC 2025 für die Wirtschaft soll somit genutzt werden, und zwar grenzüberschreitend für Hotellerie, Gastronomie, Tourismus- und Eventanbieter und den Detailhandel. Der Oberrhein als Tourismusdestination kann somit nur bestärkt werden. Beide Gremien äusserten übereinstimmend den Wunsch nach organisatorischem Einbezug der benachbarten Gemeinden und Städte. Für die erste Phase anerkennen die umliegenden Partner, dass die Organisation in erster Linie sich auf die Schweiz und insbesondere Basel-Stadt fokussiert. In einem zweiten Schritt wünschen sich die Vertretungen der deutschen und französischen Seite sowohl im Oberrheinrat als auch im Districtsrat in die Organisation einbezogen zu werden.

2.5.1 Der Oberrheinrat

Der Oberrheinrat feierte 2022 sein 25-jähriges Bestehen. Als trinationales Parlament der politischen Mandatsträger am Oberrhein konkretisiert diese Institution den Willen zur Zusammenarbeit und den Austausch. Als Forum für politischen Austausch arbeitet der Oberrheinrat seit 25 Jahren an einem besseren Zusammenwachsen der deutsch-französisch-schweizerischen Grenzregion. Anlehnend an die konstituierende Sitzung vom April 1998, fand die Jubiläumsfeier im Europäischen Parlament in Strassburg statt und wurde durch die Präsidentin des Europäischen Parlaments eröffnet.

Verstetigung des gemeinsamen Sekretariats

Im Verlaufe des Jahres 2022 hat das Büro des Grosse Rats den Finanzierungsbeitrag für die Verstetigung des gemeinsamen Sekretariats des Deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinrats (ORR) für die Jahre 2023 bis 2026 vorbehaltlich der Zustimmung der anderen beteiligten Kantone Basel-Landschaft, Aargau, Jura und Solothurn zugestimmt. Im Herbst 2022 haben alle Gebietskörperschaften der Verstetigung dieses gemeinsamen Sekretariats zugestimmt. Dies ist ein sehr erfreuliches Statement für die Gewichtung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf parlamentarischer Ebene. Damit konnte das gemeinsame Sekretariat im Anschluss an das INTERREG-Projekt (2019 – 2022) verstetigt werden. Die Einrichtung des

ständigen Sekretariats des Oberrheinrats ist eine Erfolgsgeschichte und als zentrale Kommunikationsplattform mit einer klar definierten Ansprechperson für die Mitglieder, die beteiligten Verwaltungen und die Partnerinnen und Partner des Oberrheinrats nicht mehr wegzudenken. Die stärkere Koordinierung drückt sich zum Beispiel in einer intensiveren Vernetzung der Kommissionen und der Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit aus. Mit der Ansiedlung des Sekretariats im Kompetenzzentrum für europäische Fragen in Kehl, können vielfach Synergien beispielsweise mit dem Sekretariat der Oberrheinkonferenz genutzt werden.

Schweizer Präsidium 2021

Die Schweiz übernahm 2021 turnusgemäss das jährlich alternierende Präsidium des Oberrheinrats. Die vier thematischen Prioritäten: Begegnungen schaffen und Nachbarschaft leben; Mobilität grenzüberschreitend verbessern; Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich vertiefen und Jugend stärker einbinden und beteiligen, hatten das Ziel, die Menschen am Oberrhein näher zusammenzubringen und neue grenzüberschreitende Verbindungen zu schaffen. Das schwierige Pandemiejahr 2020 mit 91 Tagen Grenzkontrollen und teilweisen Grenzschliessungen hatte mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass der Oberrhein ein gemeinsamer grenzüberschreitender Lebensraum ist, der ohne den freien Personenverkehr, gute Kontakte über die Grenze hinweg und einen fortwährenden Austausch in allen gesellschaftlichen Bereichen nicht mehr denkbar ist.

Schweizer Präsidium 2024 – Kanton Aargau

2024 hat die Schweiz, nach einem wahlbedingten Abtausch mit dem Bundesland Baden-Württemberg, turnusgemäss das Präsidium übernommen. Die Nordwestschweizer (NWCH) Delegation hat sich entgegen den bisherigen Gewohnheiten, die Präsidien jeweils mit Vertretungen der beiden grössten beitragszahlenden Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt, entschieden, eine Vertreung des Kantons Aargau für das Präsidium zu nominieren. Ziel war es, die weiteren im ORR vertretenen Regionen der NWCH im ORR bekannt zu machen und die Rolle des ORR in den Kantonen der NWCH zu stärken. Das Präsidaljahr stand unter dem Motto „Mehr Nachhaltigkeit im Dreiland“ und verfolgte das Ziel, die trinationalen Gremien der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit besser abzustimmen.

Gemeinsamer Kongress ORR und ORK - Pandemie am Oberrhein

Im November 2021 wurde der gemeinsame Kongress des parlamentarischen Oberrheinrates und der Regierungs- und Verwaltungsbehörden verbindenden Oberrheinkonferenz zum Thema «Pandemie am Oberrhein: Passende Lösungen für eine Metropolregion» durchgeführt. Die Teilnehmer aus der Schweiz, Frankreich und Deutschland tauschten sich über Erkenntnisse aus der Pandemiebewältigung in der Grenzregion seit dem Frühjahr 2020 aus. Der Kongress war eine erste Etappe auf dem Weg zur Erarbeitung einer grenzüberschreitenden Strategie zum Umgang mit Pandemiesituationen. Um zukünftig besser auf ähnliche Notsituationen vorbereitet zu sein, wurde ein Prozess zur Aufarbeitung der Erkenntnisse aus der Pandemiesituation gestartet. Die Handlungsempfehlungen umfassen insbesondere einen Mechanismus zur Sicherstellung des freien Grenzverkehrs in der Region und die vorherige Anhörung von Grenzregionen bei der Einführung von Massnahmen zum Infektionsschutz. Auch die Bedeutung einer vergleichbaren Datenbasis, der Vereinbarkeit von Datensystemen und einer klaren Öffentlichkeitsarbeit und Verwaltungskommunikation über die Grenze hinweg wurden betont. Ganz konkret wurde die prioritäre Einrichtung eines trinationalen Lagezentrums gefordert, um in Krisensituationen jederzeit über ein grenzüberschreitendes Bild zur Lagebeurteilung zu verfügen.

Gemeinsames Zeichen für den Klimaschutz

Der Oberrheinrat, die Oberrheinkonferenz und die Säule Politik der Trinationalen Metropolregion Oberrhein (TMO) unterzeichneten im Dezember 2024 eine gemeinsame Strategie für Klima und Energie. Beispielsweise soll ein grenzüberschreitendes Transportnetz für Wasserstoff entwickelt

werden. Ziel dabei ist es, dass die nationalen Netze durch den Aufbau einer grenzüberschreitenden Wasserstoffinfrastruktur, die grösstenteils auf der Umstellung vorhandener Gasleitungen beruht, verbunden werden. Dies ist nicht nur ein Schritt zur CO2 Reduzierung am Oberrhein, sondern auch zur Steigerung der regionalen Energieresilienz.

2.5.2 Themen aus dem ORR

Klimawandel

Die Plenarversammlung vom Dezember 2023 des ORR stand unter dem Motto «für eine stärkere Resilienz des Oberrheins gegenüber neu auftretenden Risiken». Der Klimawandel wirkt sich unabhängig von nationalen Grenzen auf den Oberrhein aus. Daher müssen die grenzübergreifenden Kräfte gebündelt werden, um sich gemeinsam an die sich daraus ergebenden Herausforderungen anzupassen, etwa mit Blick auf den besorgniserregenden Zustand unserer Wälder und eine nachhaltigere Wasserwirtschaft.

Arbeitsmarkt

Die Pandemie verstärkte eine Vielzahl von Herausforderungen, die für Grenzgängerinnen und Grenzgänger auch im Alltag eine solche darstellen. So wurde die Kurzarbeitsentschädigung doppelt besteuert und mobiles Arbeiten bzw. Telearbeit durch vielfache administrative Hürden erschwert. Mit dem schrittweisen Auslaufen der pandemiebedingten Ausnahmeregelungen drohten der rechtliche Rahmen für grenzüberschreitendes mobiles Arbeiten beziehungsweise Telearbeit in die Zeit vor Covid-19 zurückkehren. Dies drohte zu einer nachhaltigen Schwächung des trinationalen Arbeitsmarkts zu werden. Der Oberrheinrat fordert daher die Erarbeitung und Umsetzung einer ganzheitlichen Lösung im Sinne der grenzüberschreitend Beschäftigten am Oberrhein. Wohlwollend kann zur Kenntnis genommen werden, dass die bis zum 30. Juni 2023 geltende EU-Sonderregelung aus der Covid-19-Pandemie nahtlos durch ein von Deutschland, Frankreich und der Schweiz unterzeichnetes multilaterales Abkommen abgelöst wurde. Sozialversicherungsrechtlich regulär ist grenzüberschreitendes mobiles Arbeiten beziehungsweise Telearbeit im Umfang von max. 49.9% der Arbeitszeit möglich. Zu den steuerrechtlichen Fragen wurde zwischen der Schweiz und Deutschland vereinbart, dass ‘Homeoffice-Tage’ als Präsenztage beim Arbeitgeber in der Schweiz gelten. Die steuerrechtliche Regelung mit Frankreich sieht maximal 40% Homeoffice für Grenzgänger und Grenzgängerinnen vor.

Weiterhin mahnte der ORR, zur Stärkung des grenzüberschreitenden Arbeitsmarkts und der Deckung des Fachkräftebedarfs, Fortschritte bei der grenzüberschreitenden Anerkennung von Berufsqualifikationen an. In diesem Zusammenhang forderten die Mitglieder auch, die Finanzierung der grenzüberschreitenden Berufsausbildung zwischen Deutschland und Frankreich sicherzustellen.

Am Oberrhein gab es trotz Fachkräftemangels und unbesetzter Ausbildungsstellen in der gesamten Region Ende 2023 rund 25.000 arbeitslos gemeldete Personen unter 25 Jahren. Der Oberrheinrat spricht sich für die Fortführung und nachhaltige Finanzierung von Konzepten und Initiativen zur Steigerung der rheinübergreifenden Mobilität von Jugendlichen aus und wünscht sich eine bessere Datenbasis.

Verkehrsinfrastruktur

Der grenzüberschreitende Schienenverkehr ist entscheidend für die Umsetzung einer nachhaltigen Mobilität am Oberrhein. Die Infrastrukturen weisen vielfach Lücken auf, exemplarisch zeigte sich dies beim Unterbruch der Rheintalstrecke bei Rastatt im Jahre 2017. Es ist daher essenziell, dass der Ausbau des Schienenverkehrs über alle drei Länder am Oberrhein geplant und zeitnahe umgesetzt wird.

Der Oberrheinrat würdigte die Fortschritte im Bereich der grenzübergreifenden Schienenverkehrsprojekte, wobei jedoch Hindernisse offenbleiben: die Vorschriften im Schienenverkehrsbereichs zwischen Deutschland und Frankreich sollen harmonisiert werden unter Einbezug der Schweiz um europaweite Standards zur Erleichterung künftiger Projekte anzustreben.

Die Oberrheinkonferenz (ORK) hat in einer Analyse 14 potenzielle Lücken in der grenzüberschreitenden Radinfrastruktur identifiziert. Der ORR empfiehlt basierend darauf der ORK eine Radverkehrsstrategie zu erarbeiten. Verbesserte Radinfrastruktur verbessert die Standortattraktivität, leistet einen Beitrag zur Dekarbonisierung des Verkehrs und trägt positiv zu für Freizeit, Sport und Gesundheit bei und birgt touristisches Potenzial. Zentral für ein attraktives Radnetz, ist die hochwertige Einbindung in das Gesamtnetz. Der ORR erachtet dabei grosses Potenzial bei der Umsetzung neuer Rheinquerungen.

Gesundheitsraum Oberrhein und Rettungsdienste

Im Anschluss an den gemeinsam mit der Oberrheinkonferenz organisierten Kongress „Pandemie am Oberrhein“ vom 26. November 2021 rief der Oberrheinrat alle zuständigen Akteure der Katastrophenhilfe am Oberrhein dazu auf, eine konkrete Perspektive für den Aufbau eines trinationalen Lagezentrums zu entwickeln. Mit der Resolution «Grenzüberschreitende Vorbereitung des Oberrheins auf Krisensituation nachhaltig voranbringen» vom 14. Juni 2024 bekräftige der ORR das Anliegen, eine trinationale Plattform für die Koordination von Notfallmassnahmen am Oberrhein (in Anlehnung an das Europäische Zentrum für die Koordination von Notfallmassnahmen), zu prüfen. Zielführend aus Sicht des ORR könnte dazu ein Projekt im Rahmen von INTERREG sein.

Weiter verabschiedete der Oberrheinrat eine Resolution zur Schaffung von rechtlichen Grundlagen für grenzüberschreitende Einsätze der Rettungsdienste im Dreiländereck. Vor dem Hintergrund des bestehenden Feuerwehrabkommens zwischen dem Elsass und Baden-Württemberg, sowie dem angestrebten Abkommen zwischen Rheinland-Pfalz und dem Elsass, spricht sich der Oberrheinrat für den Abschluss entsprechender Abkommen zwischen den Kantonen der Nordwestschweiz und den elsässischen und badischen Nachbarn aus. Der ORR appelliert, dass die Frage der Kostenübernahme von Sekundärtransporten geklärt wird und regt die Anwendung des „Nächstes-Krankenhaus-Prinzips“ unabhängig von nationalen Grenzen an.

Mehrsprachigkeit

20 Jahre nach der Erklärung der Oberrheinkonferenz zur Unterstützung der Mehrsprachigkeit und fast zehn Jahre nach der Unterzeichnung der „Oberrhein-Charta zur Förderung der Mehrsprachigkeit“ durch den Oberrheinrat, die Oberrheinkonferenz, die Eurodistrikte und das Städtenetz beobachtet der Oberrheinrat mit Besorgnis die Tendenz, dass trotz guter Ansätze und Initiativen am gesamten Oberrhein die Anzahl französischsprachiger Bildungsangebote in Teilen der Grenzregion abnimmt. Er fordert daher erneut die Ausarbeitung eines gemeinsamen Konzepts zur Förderung der Zweisprachigkeit am Oberrhein, um die Umsetzung der Ziele der Oberrhein-Charta vom 10. Juni 2013 voranzutreiben.

Beziehungen zu Europa

Nach dem Abbruch der Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Union und der Schweiz zeigte der Oberrheinrat auf, dass diese Situation sich in weiteren Bereichen wie dem Strommarkt und der Forschung negativ auf die trinationale Region auswirken wird. In diesem Kontext regte der Oberrheinrat an, den Geist des Entwurfs der EU-Verordnung zur Einrichtung eines Europäischen grenzübergreifenden Mechanismus (ECBM) mit Leben zu füllen. Der Mechanismus könnte die Basis bieten, die grenzüberschreitenden administrativen Hürden erheblich abzubauen.

Auf Initiative des seit 2023 amtierenden französischen Präsidium (Region Grand Est) fand am 15. Juni 2023 ein Austausch, zwischen dem Vorstand des Oberrheinrats im Europäischen Parlament mit Europaabgeordneten aus der Oberrheinregion, zum Stand der Schweiz-EU-Beziehungen statt. Gute Beziehungen zwischen der Europäischen Union (EU) und der Schweiz sind entscheidend, um den Alltag der Bürgerinnen und Bürger der trinationalen Region zu erleichtern und die Attraktivität des Oberrheingebiets aufrecht zu erhalten. Im Rahmen des Austauschs wurde festgestellt, dass es dringend einer aktiven Fortsetzung der Verhandlungen bedarf, um das Entstehen neuer Hindernisse im Zusammenhang mit der Erosion der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU und negative Auswirkungen auf die an die Schweiz angrenzenden Regionen zu verhindern, die seit jeher starke Beziehungen zum Nachbarland pflegen.

Für erfolgreiche Verhandlungen sahen die Teilnehmenden die Notwendigkeit, dass die betroffenen Akteure und in erster Linie die Grenzregionen, weiterhin ihre Position mit Nachdruck gegenüber dem Bundesrat und der Europäischen Kommission vertreten, sowie den Bedarf an interkulturellen Kompetenzen bei den Verhandlungsführenden, um das gegenseitige Verständnis zu erleichtern.

Gleichwohl äußerten die Teilnehmenden ihr Bedauern darüber, dass der Zeitplan für die Verhandlungen aufgrund der eidgenössischen Wahlen im Oktober 2023 verschoben wurde. Mit Blick auf die Europawahlen im Jahr 2024 und die damit verbundene Erneuerung der Europäischen Kommission, könnte der Abschluss eines Abkommens letztlich bis 2025 oder 2026 verschoben werden.

Der ORR begrüsste im Februar 2024 den Mandatsentwurf des Schweizer Bundesrats für neue Verhandlungen mit der Europäischen Kommission zur Stabilisierung des bilateralen Verhältnisses.

Weitere Informationen sind den jährlichen Tätigkeitsberichten des Oberrheinrates zu entnehmen. Die Resolutionen und die Stellungnahmen sind auf der Homepage des Oberrheinrats einsehbar.

2.5.3 Districtsrat / Trinationaler Eurodistrict Basel (TEB)

Der Districtsrat ist der politische Beirat des Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB). Mit dem TEB ist 2007 eine Kooperationsplattform geschaffen worden, die zum Ziel hat, die trinationale Agglomeration als attraktiven, grenzüberschreitenden Lebens- und Wirtschaftsraum zu stärken. Der Districtsrat besteht aus 20 Schweizer und je 15 Deutschen und Französischen Gewählten; Einsitz haben Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie Gemeinderatsmitglieder. Das Präsidium alterniert zwischen den drei Ländern und wird für den Zeitraum 2022 – 2024 durch die Schweizer Seite ausgeübt.

Der Districtsrat hat sechs 9-köpfige Kommissionen; davon wurden zwei von Schweizer Seite präsidiert: Die Kommissionen Soziales, Gesundheit & Forschung sowie Wirtschaft, Arbeitsmarkt & Tourismus. Die weiteren Kommissionen lauten Verkehr; Raumordnung; Umwelt; Energie & Landwirtschaft und Bildung, Kultur, Jugend, Sport & Identität.

In der Berichtsperiode wurde die Strategie TEB 2030 neu erarbeitet und die Geschäftsordnung des TEB überarbeitet. Der Districtsrat begleitete die Arbeiten jeweils und konnte sich einbringen.

2.5.4 Themen aus dem Districtsrat

Projekt 3Land

Das beim Trinationalen Eurodistrict (TEB) angesiedelte INTERREG-Projekt 3Land konnte mit der Unterzeichnung der 3. Planungsvereinbarung einen wichtigen Meilenstein erreichen. Abgeschlossen werden konnte eine vorbereitende Studie für eine Strassenbahnlinie über eine Rheinbrücke, dazu wurde ein technischer Ausschuss (CH-FR) gegründet. Eine juristische Studie

«Weg zum Staatsvertrag» wurde in Auftrag gegeben und ein Wettbewerb für ein umfassendes grenzüberschreitendes Mobilitätskonzept bis 2040 gestartet.

Sondermülldeponien im Dreiland

Nachdem sich der Districtsrat bereits 2015 über das Thema Lindan informieren liess, lud er im Juni 2022 zwei Experten ein, welche über die Deponien im Dreiland referierten. Ab 1947 produzierte das Unternehmen Ugine-Kuhlmann in Huningue für rund 60 Jahre Lindan. Dabei handelt es sich um ein Insektizid, bei dessen Produktion 80 – 85 Prozent Abfall entsteht. Mangels vorsichtiger und intensiver Analysen und historischer Untersuchungen, war bei Sanierungsbeginn das Ausmass der Deponie zu wenig bekannt. Dies führte einerseits zu einer Kontamination im Umfeld der Deponie und andererseits stiegen die Kosten von den ursprünglich veranschlagten 100 Mio. auf 300 Mio. Franken. Zwischenzeitlich konnte die Sanierung der Deponie mittels Totalaushub vollständig abgeschlossen werden.

Bei der Deponie Roemisloch in Neuweiler, Frankreich bestehen Unklarheiten, ob diese fachgerecht saniert wurde, so stellte die Gemeinde Allschwil Verschmutzungen im Wasser fest. In der Region wurden die Deponien Bonfol (JU/CH), Kessler (Grenzach-Wyhlen/D), Kölliken (AG/CH) mittels Totalaushub saniert. Diese Methode hat sich bewährt. Weiter nicht saniert sind die Deponien Gravière nord/Plattform TIR, Brugner (beide St-Louis/Bourgfelden), sowie die weiteren Standorte des Unternehmens Ugine-Kuhlmann. Als problematisch zu betrachten ist, dass nicht alle Lindan-Deponien inventarisiert sind. Dies betrifft bspw. Kies mit Lindan-Abfall in Allschwill, Schönenbuch und den beiden Hagenthal-le-Bas/-le-Haut.

Einladung nach Berlin

Auf Einladung der Bundestagsabgeordneten des Wahlkreises Lörrach – Müllheim besuchte eine Delegation des Districtsrats und Mitglieder der Regiokommission die Deutsche Bundeshauptstadt Berlin. Die aus deutschen, französischen und Schweizer Vertretern und Vertreterinnen der trinatioanlen Zusammenarbeit bestehende Delegation besuchte die Stasi-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen und tauschte sich mit Zeitzeugen vor Ort aus. In der französischen Botschaft fand ein Austausch mit einem Vertreter der Botschaft statt, anschliessend folgte die Delegation der Einladung der Schweizer Botschaft, wobei die Möglichkeit zum Austausch mit dem Schweizer Botschafter bestand. Beim Deutsch-Französischen Jugendwerk konnte ein tiefer Einblick in die Austauschprogramme der beiden Länder gewonnen werden. Abgerundet wurde der Besuch mit der Besichtigung des Plenarsaals des Deutschen Bundestages und einer Einführung in die parlamentarische Arbeit, sowie dem Austausch mit dem Mitglied des Bundestages aus dem benachbarten Wahlkreis Lörrach – Müllheim.

Einladung nach Bern

Auf Initiative der aktuellen deutschen Präsidentschaft des Districtsrats wurde, anschliessend an den Besuch in Berlin, ein Delegiertentag in Bern im Bundeshaus durchgeführt. Wichtige Themen waren die Merkmale des politischen Systems der Schweiz und das schweizerische Gesetzgebungsverfahren im Vergleich zu Deutschland und Frankreich, die Schweiz und ihre Grenzregionen, die bilateralen Verträge und der parlamentarische Austausch auf Bundesebene mit dem Deutschen Bundestag und der Assemblée Nationale. Ein erfreulicher Austausch erfolgte mit diversen regionalen Vertretungen der Eidgenössischen Räte.

Verkehrsinfrastruktur

Der Districtsrat beschäftige sich mit dem Radnetz im Dreiländereck und begrüsst die Publikation der Dreiland-Radregion. In diesem Zusammengang regte der DR an, die Palmrainbrücke für den Radverkehr attraktiver zu gestalten. Die Struktur/Statik der aktuellen Palmrainbrücke lässt den Bau von Radwegen nicht zu. Deswegen wurde die Dreiländerbrücke für die Radverkehrsstrategie des

Aggloprogramms zur Überquerung der Grenze definiert. Eine Verbesserung der Situation auf der Palmrainbrücke ist in den nächsten Jahren nicht zu erwarten. Die gegenseitige, grenzüberschreitende Anerkennung der Abonnemente der Tarifverbünde konnte nach zweijährigen Pilotbetrieb verstetigt werden. Dies ist erfreulich und trägt zum Zusammenwachsen der Region bei.

INFOBEST – Beratung für Grenzgänger und Grenzgängerinnen

Die Serviceleistungen des INFOBEST-Netzwerks sollen verbessert und zu einem Service-Zentrum Oberrhein weiterentwickelt werden. Die heutigen vier INFOBEST PAMINIA (Karlsruhe/Heguenau), Kehl/Strasbourg, Vogelgrun/Breisach und PALMRAIN (Dreiland) sehen sich mit steigender Nachfrage und der Digitalisierung konfrontiert. Die bisher weitgehend analoge Arbeitsweise entspricht nicht mehr den Bedürfnissen der Bürger und Bürgerinnen und Synergien zwischen den vier Stellen werden nicht genutzt. Insbesondere soll ein digitaler Zugang für Bürgerinnen und Bürger und ein Online-Tool geschaffen werden, welches die individuelle Situation umfassend bewertet und die notwendigen Verwaltungsschritte und Formulare aufzeigt und an die zuständigen Stellen und Antragsmöglichkeiten weiterverweist. Damit können die Referenten entlastet werden und sich vermehrt den schwierigen juristischen Fällen zuwenden. Bemängelt aus Schweizer Perspektive wird die geringe Bekanntheit des INFOBEST-Netzwerks. Dies hängt mit der Tatsache zusammen, dass sehr weniger Schweizer Bürgerinnen und Bürger über die Grenzen zur Arbeit pendeln. Die INFOBEST tragen massgeblich dazu bei, den Schweizer Arbeitsmarkt für Grenzgänger und Grenzgängerinnen attraktiv zu halten.

TEB-Begegnungsfonds 2016-2023

Insgesamt wurden in den Jahren 2016 – 2023 60 Projekte über den TEB-Begegnungsfonds gefördert, davon entfielen 47% auf Frankreich, 35% auf Deutschland und 18% auf die Schweiz. 57% der geförderten Projekte liefen unter dem Thema Kultur, gefolgt von 15% für Sportprojekte. 12% der Projekte waren dem Bereich Umwelt und 3% dem Bereich Religion, sowie 13% den sonstigen Bereichen zuzuordnen. Bei 55% der Projekte handelte es sich um binatonale und bei 45% um trinationale Projekte. Der TEB-Klassenbegegnungsfonds wurde zu 46% aus Frankreich, zu 40% aus Deutschland und zu 14% aus der Schweiz in Anspruch genommen.

Kultur und Bildung

In Zusammenarbeit mit dem Vorstand machte sich die Kommission für Bildung, Kultur, Jugend, Sport & Identität für ein engeres Zusammenwachsen der Region stark. Sie forderte mittels dreier Motionen an den TEB-Vorstand, den Schülerinnen- und Schüleraustausch zu fördern, ein gemeinsames Lehrmittel für Geschichte, Geografie und Kultur des Dreilandes zu erarbeiten, sowie den Sprachen der Nachbarn wieder mehr Beachtung zu schenken.

Der TEB-Vorstand unterstützt das Anliegen des Districtsrats zur Stärkung der Kommunikation zum Klassenbegegnungsfonds und hat erste Massnahmen ergriffen. Anzumerken ist, dass insbesondere Schulklassen aus der Schweiz, kaum auf den Fonds zurückgreifen. Im Hinblick auf die Motion für ein gemeinsames Lehrmittel des Dreilands regt der Vorstand des TEB an, in Austausch mit der Oberrheinkonferenz zu treten. Beziehend auf die Motion zur Sprache der Nachbaren verweist der TEB-Vorstand auf Studien zur Verwendung des Dialekts, welche im Auftrag der Oberrheinkonferenz erstellt werden.

Die beiden trinationalen Studiengänge «BSc International Business Management» und «MSc in Sustainable Business Development» werden in der Schweiz durch die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW), in Frankreich durch die Université Haute-Alsace und in Deutschland durch die duale Hochschule Baden-Württemberg beziehungsweise durch die Hochschulen FHNW; Hochschule Offenburg und EM Strasbourg angeboten. Die Studiengänge sind gut etabliert, stehen aber immer wieder vor Herausforderungen im trinationalen Kontext. So findet das zweite

Studienjahr des MSc in Sustainable Business Development vollständig in Strasbourg statt. Der französische Staat schreibt dazu vor, dass die erforderlichen Praktika ebenso in Frankreich stattfinden müssen, ggf. sind solche in Deutschland möglich. Dem Districtsrat ist es folglich ein Anliegen, dass Praktika bei Schweizer Unternehmen ebenso anerkannt werden, andernfalls verliert der trinationale Studiengang seine Attraktivität für Studierende aus der Schweiz.

Die Situation der Fahrenden ist insbesondere auf französischer Seite herausfordernd. Konkret zeigt sich dies bei der Beschulung der Kinder, die zwischen den Ländern wechseln. Eine verstärkte Kooperation der zuständigen Stellen im Bildungsbereich der drei Länder könnte dem Abhilfe schaffen.

Auswirkungen der Covid-19-Pandemie

Zu den positiven Seiten der Covid-19-Pandemie wurde festgehalten, dass eine Zusammenarbeit der Gesundheitsinstitutionen über die Grenzen hinweg stattgefunden hat. Ausserdem wurden die grenzüberschreitenden Organisationen in den regionalen und nationalen Hauptstädten besser wahrgenommen, wie auch in der lokalen Öffentlichkeit. Schliesslich wurden Regelungen für die Telearbeit von Grenzgängerinnen und Grenzgängern, wenn auch vorerst temporär, gefunden.

Wasserstoff

Mit einer Resolution zum Thema Wasserstoff regt der Districtsrat eine enge Abstimmung der Akteure am Oberrhein und im Dreiland an. Ziel ist es, dass der Oberrhein und die Bodenseeregion in das europäische Kernnetz für Wasserstoff eingebunden werden.

Weitere Informationen sind der Homepage des Districtsrat zu entnehmen.

3. Antrag

Die Regiokommission beantragt einstimmig mit 12:0 Stimmen bei 0 Enthaltungen dem Grossen Rat vom Bericht der Regiokommission zustimmend Kenntnis zu nehmen.

Sie hat den Bericht am 4. April 2025 einstimmig verabschiedet und ihren Präsidenten Niggi Rechsteiner zum Sprecher bestimmt.

Im Namen der Regiokommission

Niggi Rechsteiner, Präsident

Beilage:

Entwurf Grossratsbeschluss

Grossratsbeschluss

zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Legislatur 2021 – 2025

(vom [Datum eingeben])

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt, nach Einsichtnahme in den Bericht der Regiokommission Nr. 23.5563.02 vom 04. April 2025, beschliesst:

Vom Bericht der Regiokommission zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Legislatur 2021 – 2025 wird Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.